



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5199.02

ED/P105199
Basel, 28. November 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 27. November 2012

Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend privates Bildungszentrum für Pflege- und Spitalberufe

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2010 den nachstehenden Anzug Daniel Stolz und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

"In der interessierten Öffentlichkeit wird diskutiert, dass wir bei den Pflege- und Spitalberufen immer mehr auf einen Personalengpass hinsteuern. Bisher konnte die Schweiz dieses Defizit vor allem durch Rekrutierungen im Ausland kompensieren. Da derselbe Trend aber auch im europäischen Ausland stattfindet, wurden dort, um die Abwanderung in die Schweiz zu bremsen, die Löhne erhöht. Für die Schweiz wird die Lage also heikler. Deshalb unternehmen viele Kantone grosse Anstrengungen bei der Ausbildung im Bereich der Pflege- und Spitalberufe.

Der Kanton Zürich hat z.B. in Winterthur das staatliche Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen ZAG errichtet – und als Konkurrenz dazu in der Stadt Zürich das Careum Bildungszentrum ermöglicht, das mehrheitlich von einer privaten Stiftung getragen wird. Gerade das Careum Bildungszentrum hat neue und innovative Wege bestritten. Dies hat zu einer willkommenen Dynamisierung auf dem Platz Zürich geführt. So stellt sich die Frage, ob dieses Modell einer staatlichen und einer privaten Einrichtung nicht auch für die Region Basel interessant wäre.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob

- die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze in der Nordwestschweiz in den verschiedenen Berufskategorien für den absehbaren Bedarf genügen
- die Schaffung eines zusätzlichen privaten Zentrums sinnvoll und dabei
- die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie z.B. dem Bildungszentrum Careum möglich wäre.

Daniel Stolz, Christophe Haller, Christian Egeler, Giovanni Nanni, Urs Schweizer, Helmut Hersberger, Ernst Mutschler, Roland Vögtli, Christine Locher-Hoch, Baschi Dürr, Christine Heuss"

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

In Zusammenhang mit der Integration der Gesundheitsberufe in die Bildungssystematik der Berufsbildung¹ mussten die Kantone den Aufbau von Berufsfachschulen und Höheren Fachschulen für die Gesundheitsberufe neu organisieren. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft teilten die Zuständigkeit auf. Basel-Landschaft führt die beruflichen Grundbildungen auf der Sekundarstufe II (Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis EFZ als Fachfrau/-mann Gesundheit FAGE; Eidgenössisches Berufsattest EBS als Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales), Basel-Stadt die Studiengänge auf der Tertiärstufe B (Höhere Fachschule für Diplomierte/r Pflegefachfrau/-fachmann HF, Fachfrau/-mann für Medizinisch-Technische Radiologie HF, Biomedizinische Analytiker/in HF). Die Ausbildung zur Physiotherapeutin bzw. zum Physiotherapeuten positionierte der Bund auf dem Niveau einer Fachhochschule FH. Der Kanton Basel-Stadt führt diesen Studiengang in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule. Die Aufgabenteilung, Kooperation und Finanzierung der Ausbildung in den nicht-akademischen Gesundheitsberufen ist zwischen den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft staatsvertraglich geregelt. Die beiden Schulen, die vom Kanton Basel-Landschaft geführte Berufsfachschule Gesundheit Baselland und das vom Kanton Basel-Stadt getragene Bildungszentrum Gesundheit, kooperieren unter dem gleichen Dach im so genannten Spenglergebäude in Münchenstein.

Um Versorgungsengpässe rechtzeitig identifizieren zu können, überprüfen die beiden Kantone gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitswelt (ODA Gesundheit beider Basel) regelmässig den Bedarf an ausgebildeten Pflegefachpersonen in Form von Studien.

Da im Bereich der Pflegeberufe gemäss der neuen Bildungssystematik auf verschiedenen Niveaus ausgebildet wird, waren strategische Entscheidungen über die Zahl der Ausbildungsplätze nötig. Mit dem Beginn des neuen Ausbildungsgangs Diplomierte/r Pflegefachfrau/-fachmann HF im Jahre 2006 wurde die Zahl der Ausbildungsplätze von 220 auf 154 Plätze pro Jahr reduziert. Grund dafür waren die neu geschaffenen Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (s. oben), die einen Teil des Bedarfs an Pflegeaufgaben, die bis anhin den diplomierten Pflegenden übertragen waren, abdecken. Gegenwärtig melden die Institutionen im Gesundheitswesen keine Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von diplomiertem Pflegepersonal. Davon auszunehmen sind die Pflegeheime, die unabhängig von der Versorgungslage mehr Schwierigkeiten haben, diplomierte Fachkräfte zu gewinnen. Zur insgesamt befriedigenden Situation tragen folgende drei Umstände bei:

- Die Ausbildung von Fachfrauen und Fachmännern Gesundheit (FaGe) entwickelte sich in den letzten Jahren sehr erfreulich. Diese berufliche Grundbildung erfreut sich grosser Beliebtheit; die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge nimmt jährlich zu. Das ist insofern von grosser Bedeutung, als die Ausbildung FaGe nicht nur für die Arbeitswelt qualifiziert, sondern der wichtigste Zubringer für die Ausbildungsgänge auf Stufe Höhere Fachschule HF darstellt.
- Die Ausbildungszahlen an der Höheren Fachschule Pflege HF sind nach einem anfänglichen Einbruch in den Jahren 2007 bis 2009, der vor allem auf die neue Bil-

¹ Gesetzlich geregelt im Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG), 2002

derungssystematik zurückzuführen war², kontinuierlich gestiegen. Konnte in den Jahren 2007, 2008 und 2009 bis zu einem Drittel der bereitgestellten Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, sind seit 2010 bereits vor dem Abschluss der Aufnahmeperiode mehr Ausbildungsinteressierte angemeldet, als Praktikumsplätze in den Institutionen zur Verfügung stehen.

- Nach wie vor kann die Region einen Teil ihres Personalbedarfs in den Pflegeberufen aus dem grenznahen Ausland decken. Die Institutionen des Kantons Basel-Stadt rekrutieren pro Jahr über 100 Pflegefachpersonen und können so das Defizit an Fachpersonen decken, die sie nicht selber ausbilden können.

2. Zu den Fragen im Einzelnen

1. *Genügt die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze in der Nordwestschweiz in den verschiedenen Berufskategorien für den absehbaren Bedarf?*

Die Anzahl der Ausbildungsplätze richtet sich nach den von der OdA Gesundheit beider Basel festgestellten Bedarfszahlen. Die Kantone stellen die so erhobenen Ausbildungsplätze zur Verfügung und können diese besetzen. Alle Bildungsgänge können flexibel reagieren und ihre Ausbildungsplätze erhöhen, falls die Institutionen des Gesundheitswesens auf Grund eines erhöhten Bedarfs ihre Praktikumsplätze erweitern. So wurden beispielsweise im Jahre 2011 in den beiden Studiengängen Biomedizinische Analytik HF und Medizinisch-Technische Radiologie HF zusätzliche Studierende aufgenommen, weil die Praxis einen erhöhten Bedarf gemeldet hatte.

Anzumerken ist, dass Bund und Kantone auf dem Hintergrund von Studien, die angesichts des demographischen Wandels einen starken Anstieg des Bedarfs an Pflegefachpersonen namentlich im Bereich Langzeitpflege prognostizieren, zurzeit Strategien entwickeln und Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgung planen. Dazu gehört unter anderem eine Klärung der Zahl der Ausbildungsplätze und damit der Praktikumsplätze in den entsprechenden Institutionen des Gesundheitswesens.

2. *Ist die Schaffung eines zusätzlichen privaten Zentrums in Basel sinnvoll?*

Die Anzugstellenden nennen das Careum Bildungszentrum im Kanton Zürich als Beispiel für die gelungene Errichtung einer zusätzlichen privaten Bildungsorganisation, welche die staatlichen Angebote ergänzen soll. Dadurch werde einerseits die Nachfrage nach ausgebildeten Fachleuten befriedigt und andererseits eine Dynamisierung eingeleitet, die zu innovativen Lösungen in der Ausbildung führe.

Die Situation in Zürich ist mit jener in der Region Basel nicht vollständig vergleichbar: Der Kanton Zürich hat bei der Eingliederung der Gesundheitsberufe in die neue Bildungssyste-

² Um eine Ausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau/zum diplomierten Pflegefachmann zu absolvieren, ist im Gegensatz zu früher eine abgeschlossene Berufslehre als Eintrittsvoraussetzung Pflicht.

matik alle bisherigen Schulen für Gesundheitsberufe aufgehoben. Unter den mehr als zwanzig Schulen für die Ausbildung von diplomierten Pflegenden, die der Kanton schloss, waren auch alle Schulen mit privater Trägerschaft. In der Folge konzentrierte der Kanton Zürich die Ausbildung in zwei Zentren in Winterthur und Zürich. Die private Stiftung Careum bewarb sich um die Führung des Ausbildungszentrums in Zürich und stellte ihre Räumlichkeiten zur Verfügung. Die beiden Zentren in Winterthur und in Zürich arbeiten eng zusammen und werden vom Kanton zu gleichen Bedingungen finanziert. Sie sind für mehr als tausend Studierende ausgelegt. Zurzeit absolvieren 1'615 Lernende die Ausbildung auf der Sekundarstufe II und 1'074 Studierende auf der Tertiärstufe (Erhebung Mai 2012).

Der Kanton Basel-Stadt teilt sich, wie eingangs ausgeführt, mit dem Kanton Basel-Landschaft die Ausbildung in den Gesundheitsberufen. Zurzeit bildet die Berufsfachschule Gesundheit Baselland 929 Frauen und Männer (inklusive Nachholbildung) aus, das Bildungszentrum Gesundheit Basel 622 (Erhebung Mai 2012).

Die Zahl der Lernenden und Studierenden an der Berufsfachschule Baselland und am Bildungszentrum Basel ist also erheblich geringer als an den zwei Ausbildungszentren im Kanton Zürich. Die beiden vom Kanton Basel-Stadt mitfinanzierten privaten Pflegeschulen - die Pflegeschule Clara und die Pflegeschule Bethesda - haben im Jahre 2010 bzw. 2011 aus finanziellen Gründen ihre Tätigkeit eingestellt. Die Studierenden und Dozierenden wurden vom Bildungszentrum Basel BZG übernommen, die Studienplätze des BZG entsprechend ausgeweitet. Dass vor Kurzem drei Pflegefachschulen auf der Tertiärstufe Lernende im Pflegebereich rekrutierten und ausbildeten und heute nur noch eine Schule, das Bildungszentrum Gesundheit Basel, tätig ist, hat sich auf die Rekrutierung nicht negativ ausgewirkt. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist für eine zusätzliche Ausbildungsinstitution zu klein. Im Bereich der Biomedizinischen Analytik und der Medizinisch-Technischen Radiologie wäre eine Ausweitung auf zwei Standorte gar nicht möglich, da pro Jahr nur eine Klasse gebildet wird. Die Ausbildungsplätze im Bereich Physiotherapie liessen sich ebenfalls nicht auf zwei Zentren aufteilen, da die für die Führung eines Studiengangs notwendige Mindestanzahl von 60 Studierenden nur knapp erreicht wird.

Die geringe Zahl der Ausbildungsplätze und die hohen Kosten der Ausbildung lassen die Schaffung eines zusätzlichen privaten Zentrums in Basel als nicht sinnvoll erscheinen. Die finanziellen Aufwendungen durch die Verdoppelung der strukturellen und organisatorischen Kosten rechtfertigen sich nicht. Innovation ergibt sich zwingend aus der überaus dynamischen Entwicklung im Praxisfeld; sie bedarf keines Schubs durch die Konkurrenz eines zusätzlichen Bildungsanbieters.

3. *Wäre in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie z.B. dem Bildungszentrum Careum möglich?*

Die kantonalen Bildungszentren der deutschen Schweiz arbeiten in verschiedenen Bereichen eng zusammen. Sie haben sich im Rahmen der Schweizerischen Konferenz der Höheren Fachschulen KHF zum Verband BGS (Bildungszentren Gesundheit und Soziales) zusammengeschlossen, um in der schweizerischen Bildungslandschaft mehr politisches Gewicht zu erhalten. Die Schulen entwickeln kantonsübergreifend gemeinsame Curricula und tauschen Unterrichtsunterlagen aus. Die Eignungsabklärung wurde harmonisiert.


Mit dem Bildungszentrum Careum verbindet das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt eine enge Zusammenarbeit im Bereich des so genannten Problem-Based-Learning PBL. Das BZG war an der Entwicklung der entsprechenden Module beteiligt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Ausbildungen in den Gesundheitsberufen wird die Kooperation mit anderen Bildungszentren, darunter auch mit dem Careum, kontinuierlich ausgebaut.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend privates Bildungszentrum für Pflege- und Spitalberufe als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin